



Brüssel, den 28. November 2017
(OR. en)

15097/17

SOC 772
EMPL 587
DIGIT 262
PENS 7
FISC 318

VERMERK

Absender: Vorsitz
Empfänger: Delegationen

Betr.: Den digitalen Wandel fördern und zugleich den Sozialschutz erhalten
 - Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Die Delegationen erhalten anbei einen Vermerk des Vorsitzes zum oben genannten Thema zur Lenkung der während des Mittagessens stattfindenden Aussprache des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 7. Dezember 2017.

Den digitalen Wandel fördern und zugleich den Sozialschutz erhalten

Aussprache des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) während
des Mittagessens

7. Dezember 2017

I. - Hintergrund

Der digitale Wandel hat neue Arten der Kommunikation, der Zusammenarbeit und der Schaffung von Inhalten mit sich gebracht, die die Gesellschaft prägen. Die Beschleunigung der technologischen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten und ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt stellen die Gesellschaften vor die Aufgabe, aktuelle und künftige Entwicklungen vorwegzunehmen und sich daran anzupassen.

Der berufliche Werdegang wird weniger geradlinig verlaufen, Menschen werden von einem Beschäftigungsstatus zu einem anderen übergehen und/oder abhängige Beschäftigung und Selbstständigkeit miteinander verbinden. Die Arbeitsmärkte entwickeln sich rasch, und die Arbeitsvermittlung durch Jobportale oder neue Vertragsbeziehungen bringen eine neue Dynamik mit sich.

Mit der digitalen Technologie breiten sich neue Beschäftigungsformen aus: Mitarbeiter-Sharing, Job-Sharing, Interim-Management, Gelegenheitsarbeit (einschließlich nicht ständiger Arbeit und Arbeit auf Abruf), Crowd-Beschäftigung und kollaborative Beschäftigung.¹ Sie sind zwar noch neu, kommen jedoch zu bereits etablierten atypischen Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen hinzu. 2016 belief sich der Anteil der atypischen Beschäftigung und der Selbstständigkeit auf ca. 39% der Gesamtbeschäftigung.

Die Sozialschutzsysteme beruhen traditionell auf der Grundlage eines stabilen Arbeitsvertrags mit einem einzigen Arbeitgeber. Da atypische Beschäftigungsformen immer mehr vorherrschen, sind Reformen erforderlich, damit alle Menschen unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus weiterhin zu dem System beitragen und gegen soziale Risiken wie Krankheiten, Alter und Arbeitslosigkeit abgesichert sind. Der Sozialschutz sollte Armut verhindern und mildern und den Menschen während des ganzen Lebens Berufswechsel ermöglichen.

¹ Eurofound (2015): *Neue Beschäftigungsformen*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

II. - Herausforderungen für die Sozialschutzsysteme

Die Zunahme neuer Beschäftigungsformen und der Anstieg atypischer Beschäftigung führt dazu, dass immer mehr Arbeitnehmer nicht den gleichen Sozialschutz genießen. Trotz Beitragszahlungen fällt es ihnen anscheinend schwer, Leistungsansprüche aufzubauen und Zugang zu Leistungen zu erhalten. In einigen Mitgliedstaaten können Selbstständige aus den Versicherungssystemen ausgeschlossen sein.

Die Entwicklung unterschiedlicher Beschäftigungsformen können eine genauere Ausrichtung der Sozialschutzsysteme erfordern, die flexibler gestaltet werden müssen, um den Zugang zu Sozialschutz zu ermöglichen, wenn dieser erforderlich ist. Derzeit bestehen keine Voraussetzungen für eine Gleichbehandlung der unterschiedlichen Beschäftigungsformen.

Andererseits könnte die Digitalisierung die Erhaltung, den Aufbau, die Übertragung und die Transparenz der Ansprüche auf Sozialschutz verbessern. Sie kann auch dazu beitragen, dass die Dienste stärker auf die Bedürfnisse ausgerichtet und die Beiträge vollständiger und gerechter erhoben werden.²

Auch die Verwaltung und die Kommunikation der Sozialschutzsysteme stehen aufgrund der Digitalisierung neuen Herausforderungen und Chancen gegenüber. Beispielsweise kann ein Selbstständiger, der als Berater für mehrere Unternehmen in verschiedenen Ländern tätig ist, Einkommen aus mehreren Quellen beziehen, die verschiedene Sprachen verwenden. Die zunehmende Komplexität der Arbeitssituationen könnte durch die Verwendung digitaler Hilfsmittel für die Kommunikation, einschließlich Übersetzung, und die Verwaltung gemildert werden.

Eine der größten Herausforderungen für den Sozialschutz aufgrund der Digitalisierung betrifft seine nachhaltige und angemessene Finanzierung. Wenn die Finanzierung auf der Besteuerung von Arbeit beruht, birgt die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen die Möglichkeit eines Rückgangs der Sozialversicherungsbeiträge in sich. Es wird immer schwieriger, Einkünfte aus Arbeit ausfindig zu machen, den Status eines Beschäftigten zu bestimmen und zwischen Arbeits- und Dienstleistungsverträgen, zwischen persönlichem Vermögen und Unternehmensvermögen, aktivem und passivem Einkommen zu unterscheiden und die Arbeit oder die Abwicklung eines Geschäft genau zu lokalisieren.

² **Präsentation von Dmitri Jegorov, stellvertretender Generalsekretär im estnischen Finanzministerium, e-Solutions in the future tax-benefit system, in conference Future of Work: Making It e-Easy.**

In Anbetracht dessen verlagert sich die Finanzierung des Sozialschutzes von den Sozialbeiträgen zu den allgemeinen Steuern. Der Anteil der allgemeinen Steuern (oder anderer Quellen) hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen und liegt nunmehr bei fast 45% der Gesamtmittel (gegenüber 40% im Jahr 2000 und 35% im Jahr 1995), während der Anteil der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge gesunken ist³.

Der derzeitige gesetzgeberische Rahmen ist weder für geografische noch für berufliche Mobilität konzipiert. In der neuen Arbeitswelt sollte der Aufbau von Ansprüchen auf Sozialschutz weniger von dem Land und der Art der Arbeit abhängen, sie sollten jedoch lebenslang erhalten bleiben und die Möglichkeit von Übertragungen sollte gewährleistet werden.

Insgesamt sind für einen besseren Zugang zu Sozialschutz Systeme erforderlich, die besser auf die Situation von Selbstständigen und Arbeitnehmern in atypischen Beschäftigungen zugeschnitten sind. Dies würde die Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme steigern und eine Grundlage für wirtschaftliche und soziale Widerstandsfähigkeit schaffen.

In Anbetracht dieser Herausforderungen werden die Ministerinnen und Minister gebeten, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

- *Wie können die wichtigsten Herausforderungen des digitalen Zeitalters für die Sozialschutzsysteme angegangen werden? Wie lässt sich insbesondere ein möglicher Rückgang der Einnahmen aus der Besteuerung von Arbeit bewältigen, wenn es darum geht, eine angemessene Finanzierung der Sozialschutzsysteme zu gewährleisten?*
- *Welche Schritte unternimmt oder plant Ihr Land, um die Sozialschutzsysteme an die neuen Beschäftigungsformen anzupassen?*

³ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zur zweiten Phase der Anhörung der Sozialpartner zu einer Initiative zum Zugang zu Sozialschutz.